

Acquis communautaire: französisch, sprich: aki kom-münoteer; Besitzstand der Gemeinschaft (gemeinschaftlicher Besitzstand), auch: Community Acquis oder EU-Acquis; amtliche Bezeichnung für die Gesamtheit des gültigen EU-Rechts. Er umfasst alle Rechtsakte, die für die EU-Mitgliedsstaaten verbindlich sind und muss von allen Staaten, die neu der EU beitreten möchten, komplett übernommen werden. Zum EU-Acquis gehören unter anderem: die Gründungsverträge (Primärrecht), Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse der EU-Organen, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes sowie von der EU abgeschlossene völkerrechtliche Verträge. Der von den drei EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übernommene Teil des EU-Rechts wird als EWR-Acquis bezeichnet. (Seite 30)

Albanische Revolte von 1912: 1910 war im Kosovo ein bewaffneter Aufstand gegen die osmanische Herrschaft ausgebrochen, der sich im Laufe des folgenden Jahres nach Nordalbanien ausdehnte. Schon zu Beginn des Ersten Balkankrieges hatten die Truppen des Balkanbundes einen großen Teil Albaniens besetzt und wollten die albanischen Siedlungsgebiete auf ihre bereits bestehenden Staaten Serbien, Montenegro etc. aufteilen. So erklärte die albanische Nationalbewegung im November 1912 die Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich und die Gründung der Republik Albanien. Im Zuge der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Balkankrieg 1913 wurde Albanien von den Großmächten anerkannt. (Seite 28)

Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ): auch 200-Meilen Zone; Gebiet jenseits einer Küste, in dem gemäß dem UN-Seerechtsübereinkommen 1982 der jeweilige Staat in begrenztem Umfang souveräne Rechte (Fischfang, Errichtung von Windkraftanlagen etc.) und Hoheitsbefugnisse wahrnehmen kann. (Seite 30)

Balkankriege: Als Reaktion auf die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn 1908 formierten sich mit der Unterstützung Russlands Serbien und Bulgarien zum Balkanbund, dem sich später Griechenland und Montenegro anschlossen. Der Balkanbund erklärte im Oktober 1912 dem Osmanischen Reich den Krieg, um dessen Vormachtstreben zu beenden. Im Mai 1913 kam es zum Waffenstillstand, mit deutlichen Gebietsverlusten der Osmanen. Die jahrhundertlange Herrschaft der Osmanen auf dem Balkan war damit beendet. Zweiter Balkankrieg: Nach der Waffenruhe mit den Osmanen im Mai 1913 kam es zu Gebietsstreitigkeiten zwischen den Balkanstaaten. Bulgarien verlangte von Serbien Teile Mazedoniens, die Serben störte, dass Albanien ihnen den Zugang zur Adria versperrte. Ohne offizielle Kriegserklärung griff Ende Juni 1913 Bulgarien sowohl Serbien als auch Griechenland an. Letztendlich führte Bulgarien einen kurzen Krieg gegen Serbien, Griechenland, Rumänien und das Osmanische Reich. Im August 1913 musste Bulgarien im Friedensvertrag von Bukarest fast alle im Ersten Balkankrieg eroberten Gebiete wieder abtreten. Die Balkankriege waren von einem hohen Maß ethnisch begründeter Gewalt auch an ZivilistInnen begründet, und sie waren Wegbereiter für den Eintritt der südosteuropäischen Staaten in den Ersten Weltkrieg. Das Osmanische Reich trat ebenso wie das auf

dem Balkan isolierte Bulgarien an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein. Beide strebten eine Revision der neu gezogenen Grenzen an. (Seite 28)

Corporate Europe Observatory (CEO): NGO mit Sitzen in Amsterdam und Brüssel, die die Auswirkungen von Konzern-Lobbying auf die EU-Politik aufzeigen möchte. <http://corporateeurope.org> (Seite 33)

Dačić, Ivica: serbischer Politiker, geb. 1966, seit 2006 Vorsitzender der Sozialistischen Partei, seit Juli 2012 Ministerpräsident. Ihm werden Kontakte zur Drogenmafia nachgesagt. Die EU forderte kürzlich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen, dass Serbien die Beziehungen zum Kosovo „rechtlich verbindlich“ normalisieren müsse. (Seite 27)

De Gucht, Karel: liberaler flämisch-belgischer Politiker, geb. 1954, 2004 bis 2009 Außenminister, seit 2010 EU-Kommissar für Handel, Befürworter des internationalen Handelsvertrages ACTA und Chef-Unterhändler für das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. (Seite 33)

Dienstleistungsrichtlinie: Ursprünglich 2004 vom EU-Kommissar Frits Bolkestein entworfene Richtlinie, um „archaische, übertrieben aufwändige Vorschriften“, welche die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit behindern, so rasch wie möglich abzuschaffen. Proteste vor allem gegen das Herkunftslandprinzip (es gelten immer die Vorschriften des Landes, wo das Unternehmen seinen Sitz hat, egal in welchem EU-Staat gearbeitet wird), das Sozialdumping und ein nach unten Regulieren von Umweltbestimmungen, Konsumentenschutz etc. bedeutet hätte, führten zu einer Entschärfung der Richtlinie. Unter anderem wurden Daseinsvorsorgeleistungen wie Kinder- und Altenbetreuung, das Gesundheitswesen etc. von der Richtlinie ausgenommen. (Seite 45)

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): 1957 etabliertes beratendes EU-Organ, das sich als Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft versteht. Die 353 Mitglieder aus den 28 EU-Staaten, die entweder der Gruppe Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder verschiedene Interessen angehören, vertreten eine breite Palette an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen in ihren Mitgliedstaaten. Die Mandatare werden jeweils für fünf Jahre ernannt. (Seite 10)

EUSDR: Die 2011 durch den Europäischen Rat angenommene Europäische Strategie für den Donauraum soll – unter anderem mit Hilfe eines entsprechenden Aktionsplans – bis 2020 den dort lebenden 115 Mio. Menschen mehr Lebensqualität und wirtschaftliche Möglichkeiten, eine bessere Umwelt sowie mehr Möglichkeiten zum kulturellen Austausch bieten. (Seite 8)

GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik): Diese Form der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1993 etabliert. (Seite 12)

Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM): 1953 als Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes außeruniversitäres Forschungsinstitut auf Vereinsbasis mit Sitz in Wien. Es wird aus Mitteln des

Bundeskanzleramts, der österreichischen Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung, für Unterricht, Kunst und Kultur, für europäische und internationale Angelegenheiten, für Wirtschaft und Arbeit sowie seitens einzelner Bundesländer, Städte, der Wirtschaftskammer Österreich, der Industriellenvereinigung, der Österreichischen Nationalbank und privater Förderer unterstützt. (Seite 8)

Osmanisches Reich: Reich der Dynastie der Osmanen, das von ca. 1300 bis zum Ersten Weltkrieg die entscheidende Macht in Kleinasien, Nordafrika, auf dem Balkan, im Nahen Osten und auf der Krim war. Nachdem das Reich in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg untergegangen war, wurde 1923 als Nachfolgestaat die Türkei gegründet. (Seite 28)

Ponta, Victor: sozialdemokratischer rumänischer Politiker, geb. 1972, seit Mai 2012 Ministerpräsident von Rumänien (Seite 18)

Propylenglykol: auch 1,2-Propandiol; farblose, klare und fast geruchlose, stark hygroskopische (Feuchtigkeit bindende), ölige Flüssigkeit, die in Lösungsmitteln und Hygieneartikeln als Feuchthaltemittel und Weichmacher eingesetzt wird. Es wird auch als Trägerstoff und Trägerlösungsmittel für Farbstoffe, Antioxidationsmittel, Emulgatoren und Enzyme verwendet. Als Lebensmittelzusatzstoff trägt es die Bezeichnung E 1520. (Seite 18)

Sigurðardóttir, Jóhanna: isländische Politikerin, geb. 1942, 1987–1994 Sozialministerin, 2009 bis 2013 Premierministerin. Die ehemalige Gewerkschaftsfunktionärin verließ 1993 die Sozialdemokratische Partei und war Mitbegründerin der Nationalen Bewegung. Im Jahr 2000 fusionierten die beiden Parteien zur sozialdemokratischen Allianz, 2007 bis 2009 war Sigurðardóttir erneut Sozialministerin. (Seite 26)

Tito: jugoslawischer Politiker (1892–1980), eigentlich: Josip Broz, sein Pseudonym nahm er 1934 an, als er als Mitglied des Politbüros der KP in den Untergrund ging. Im Zweiten Weltkrieg führte Tito die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer an. Von Kriegsende 1945 bis zu seinem Tod war Tito Staatsoberhaupt Jugoslawiens. (Seite 28)

Transparency International: weltweit agierende, 1993 gegründete NGO zur Bekämpfung der Korruption mit zwei Hauptsitzen in Berlin. Heute hat TI mehr als 90 nationale Niederlassungen (Chapter) weltweit, seit 2006 auch in Österreich. (Seite 29)

Vertrag von Thessaloniki: auch: Agenda von Thessaloniki; 2003 von der EU und den westlichen Balkanstaaten im Rahmen eines Gipfeltreffens in Thessaloniki erarbeitete Agenda über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der zukünftigen Mitgliedsstaaten. (Seite 9)

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv): 1973 gegründetes unabhängiges Forschungsinstitut, dessen Forschungen sich vor allem mit den Regionen Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Türkei und China beschäftigen. (Seite 22)